

Änderungsantrag

der Abgeordneten Jan Korte, Steffen Bockhahn, Dr. Gesine Löttsch, Dr. Kirsten Tackmann, Dr. Dietmar Bartsch, Herbert Behrens, Karin Binder, Heidrun Bluhm, Roland Claus, Dr. Rosemarie Hein, Ulla Jelpke, Katrin Kunert, Caren Lay, Sabine Leidig, Michael Leutert, Thomas Lutze, Kornelia Möller, Petra Pau, Jens Petermann, Ingrid Remmers, Dr. Ilja Seifert, Kersten Steinke, Sabine Stüber, Alexander Süßmair, Frank Tempel und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 17/6600, 17/6602, 17/7106, 17/7123, 17/7124, 17/7125 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2012
(Haushaltsgesetz 2012)**

**hier: Einzelplan 06
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Ansatz des Kapitels 06 35 – Bundeszentrale für politische Bildung – wird um 5 Mio. Euro auf 21,354 Mio. Euro erhöht.

Berlin, den 21. November 2011

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

Bildung wird seitens der Bundesregierung als wichtigste Ressource der Bundesrepublik Deutschland bewertet; insofern ist es verfehlt, eine Kürzung der Mittel gerade dort vorzunehmen, wo es sich nicht um einen Bereich der Elitebildung sondern der Bildung breiterer Bevölkerungsgruppen handelt.

Angesichts demokratiegefährdender Tendenzen, die auch in der Bundesrepublik Deutschland immer wieder festgestellt werden, ist perspektivisch ein Ausbau und nicht ein Abbau politischer Bildungsangebote erforderlich.

Insbesondere im Bereich der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten soll es durch die wieder aufgestockten Mittel zu einer Stärkung kommen.

